

# Parteien-check

CDU

SPD

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

DIE LINKE.

Freie Demokraten FDP

Alternative für Deutschland



Asyl

Die CDU bekennt sich zum Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte und zum Schutz von Kriegsflüchtlingen. Dies gebietet uns der Grundsatz der Humanität. Menschen, die keine Bleibeperspektive in Deutschland haben, müssen zügig in ihre Heimatländer zurückkehren. Das Asylrecht ist kein Einwanderungsrecht. (S. 11)

Die SPD-geführte Landesregierung hat sich in den vergangenen Jahren für Kriegs- oder Bürgerkriegsflüchtlinge eingesetzt – so mit Aufnahmeprogrammen für syrische Flüchtlinge und für schutzbedürftige Frauen aus dem Nordirak. Die SPD wird diesen Kurs gegen den Widerstand von Konservativen und Rechtspopulisten weiterverfolgen. Sie wird auch künftig an solchen Aufnahmeprogrammen mitwirken und Schutzsuchende aufnehmen. Das schließt Familiennachzug bei anerkannten Schutzsuchenden ein. (S. 118)

Wir wollen deshalb das Resettlement-Programm wieder auflegen und das niedersächsische Landesaufnahmeprogramm für syrische und irakische Geflüchtete erneut ins Leben rufen. Kettenuldungen lehnen wir ab – ebenso wie die Sortierung der Asylverfahren nach Schutzquote beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. (S. 106) Auch Beschränkungen beim Familiennachzug erweilen wir eine klare Absage. Abschiebungen in Länder mit prekärer Sicherheitslage lehnen wir ebenso entschieden ab wie das Konstrukt der sogenannten »Sicheren Herkunftsstaaten«. (S. 107)

Wir wollen langfristig eine Welt ohne Grenzen. Diesem Traum kommen wir nicht näher, wenn die Grenzen zur EU und Deutschland und damit zu Niedersachsen wieder mit Mauern und Zäunen abgeriegelt werden. Wer vor Krieg, Hunger, Armut, Verfolgung oder Klimakatastrophen flieht, darf nicht an den Grenzen unseres Landes abgewiesen werden. (S. 46) Die Willkommenskultur in Niedersachsen muss auch institutionell gewürdigt werden. (S. 48–49)

[Wir wollen] einen leichteren Zugang zum Arbeitsmarkt für Flüchtlinge ab dem ersten Tag erreichen. Dies bedeutet den Verzicht auf die Vorrangprüfung, die Abschaffung des Arbeitsverbotes in der Zeitarbeit sowie deren Gleichstellung mit Langzeitarbeitslosen bei der Ausnahme vom Mindestlohn. Qualifikationen der Betroffenen sollen schnellstmöglich abgefragt und registriert werden. [...] Wir unterschätzen nicht den integrativen Aspekt des Familiennachzuges, sondern wollen diesen erhalten. [...] Daher muss der Nachzug der Kernfamilie gewährleistet bleiben. (S. 33–34)

Wir werden den grundgesetzwidrigen »Flüchtlings«-Zustrom der letzten Jahre rückgängig machen. Illegale Zuwanderer müssen in ihre Heimat oder in sichere Drittstaaten zurückgeführt werden. Etwas Aufenthaltsmittel und andere rechtswidrig ergangene Bescheide sind null und nichtig. Wir werden Integrationsmaßnahmen für illegale Zuwanderer beenden. Die bislang besonders nachlässige niedersächsische Abschiebepaxis muss sich zukünftig allein am geltenden Recht und an den Interessen der Bürger dieses Landes orientieren. (S. 48)



Einwanderung

Deutschland ist Zuwanderungs- und Integrationsland. Einwanderung und Integration gehören für uns untrennbar zusammen. Integration ist eine Daueraufgabe. Wir wollen, dass Niedersachsen wieder wie vor fünf Jahren das führende Integrationsland in Deutschland wird. Dafür werden wir eine systematisch verknüpfte Einwanderungs- und Integrationspolitik betreiben und eine »Niedersachsen-Strategie Integration« schaffen. (S. 85)

Die demografischen Probleme wachsen: In einigen Gegenden stehen bereits Wohnungen und Geschäfte leer, Stadtkerne blühen aus. Ausbildungsplätze bleiben unbesetzt. Eine SPD-Landesregierung wird dafür sorgen, dass Niedersachsen stärker von »geordneter« Zuwanderung profitiert. Diese gesteuerte Zuwanderung ist zum Beispiel am Bedarf des Arbeitsmarktes orientiert. Sie ermöglicht es qualifizierten und arbeitssuchenden Menschen aus Drittstaaten, hier Fuß zu fassen. (S. 118)

Wir setzen uns dafür ein, dass Migrant\*innen angemessen in politischen Gremien vertreten sind. Wir wollen die interkulturelle Öffnung der Verwaltung und öffentlichen Unternehmen weiter vorantreiben. Dazu wollen wir die Migrant\*innenbildungsorganisationen und Migrationsbeiräte stärken, die diesen Prozess intensiv begleiten. Auch die Migrant\*innenbildungsorganisationen werden wir in ihrem Engagement stärken. (S. 103)

DIE LINKE steht für das einer humanen und menschenrechtsorientierten Politik, die allen Migrantinnen und Migranten ein selbstbestimmtes Leben, Anerkennung kultureller Vielfalt und gleichberechtigte Teilhabe an der politischen und kulturellen Gestaltung des Landes ermöglicht. [...] Die Begegnung vieler Teilkulturen begreift und verteidigt DIE LINKE als Bereicherung. Sie setzt sich dafür ein, dass ein wesentlicher Bestandteil ländlicher Kulturpolitik auf die Schaffung und Unterstützung interkultureller Begegnungsstätten gerichtet ist. (S. 45)

Wir wollen uns aus Niedersachsen für ein neues und modernes Einwanderungsgesetz einsetzen [...]. Gut Integrierten wollen wir eine beschleunigte Einbürgerung nach vier Jahren ermöglichen. [...] Wir Freie Demokraten wollen, dass die doppelte Staatsangehörigkeit grundsätzlich möglich ist. Deshalb soll die deutsche Staatsbürgerschaft nicht mehr bei Annahme einer weiteren Staatsbürgerschaft eines anderen Staates aberkannt werden, sondern nur auf Antrag des Betroffenen. (S. 31)

Die AfD lehnt die sogenannte multikulturelle Gesellschaft ab. Sie ist nichts anderes als eine verhakmsende Bezeichnung für die Entstehung von Parallel- und Gegengesellschaften. [...] Wir fordern daher, dass der deutsche Staat jegliche Zuwanderung so steuert, dass das deutsche Volk seine mitteleuropäisch-christliche Identität auch über die gegenwärtige demografische Krise hinweg bewahrt. Die Einwanderung aus außereuropäischen Kulturkreisen nach Deutschland muss daher drastisch reduziert werden. (S. 49)



Innere Sicherheit

Die Polizeibeamtinnen und -beamten sind Freund und Helfer. Jede Art von Misstrauenskultur ihnen gegenüber bekämpfen wir. Daher werden wir die Beschwerdestelle im Innenministerium sofort abschaffen. [...] Die Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten sind durch Großsinsatz, Terrorabwehrmaßnahmen und eine gestiegene Wirtschafts- und Alltagskriminalität erheblich gefordert. Wir müssen sie dringend unterstützen und stärken. Daher werden wir die Zahl der Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten bis 2022 um 3.000 erhöhen. (S. 4)

[Eine SPD-Landesregierung wird] in der nächsten Wahlperiode zusätzliche 1.000 Einstellungsmöglichkeiten schaffen. Es sollen sowohl Polizeibeamte für den Einsatz- und Streifenendienst als auch Experten für Cybercrime, Islamismus und Terrorismus angeworben werden. Durch gezielte Werbemaßnahmen sollen vor allem Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund für den Polizeidienst gewonnen werden. Denn es stärkt die Polizei, wenn sie in ihrer Zusammensetzung die Gesellschaft widerspiegelt. (S. 113)

Die Vielfalt innerhalb der Polizei ist auch wichtig für die Akzeptanz in der Gesellschaft. Darüber hinaus fordern wir weiterhin eine verstärkte Sensibilisierung für Antidiskriminierung innerhalb der Polizei. Eine moderne Polizei tritt jeder Form von Diskriminierung, Rassismus, Sexismus und falsch verstandene Körpergestalt entgegen. Dafür braucht es nicht nur eine neue Fehler- und Diskurkultur, sondern auch einen festen Platz in Aus- und Weiterbildung: Ziel ist, eine Sensibilisierung für Rassismus, Sexismus und Racial Profiling in der Ausbildung zu verankern und durch Fortbildungsmaßnahmen weiter auszubauen. (S. 86)

Polizistinnen und Polizisten sollen im Dienst grundsätzlich Nummern oder Namensschilder tragen, um sie ggf. identifizieren zu können. Eine unabhängige Beschwerdestelle zur Untersuchung polizeilichen Fehlverhaltens sichert Rechte von Einwohner\*innen und mindert zugleich die Gefahr, dass durch falsch verstandene Körpergestalt polizeinterne Verfehlungen nicht geahndet werden. Die Polizei darf nicht mit immer mehr Aufgaben belasten werden. Sie ist von der Verfolgung von Bagatelldelikten wie z. B. illegaler Einreise, Schwarzfahren oder Drogenkonsum zu entlasten. (S. 44)

In Niedersachsen wollen wir 1.000 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte ausbilden und einstellen, zusätzlich zum »virtuellen« 1.000er-Programm der Landesregierung. Ferner wollen wir 300 Verwaltungsstellen schaffen, um Vollzugsbeamte von administrativen Aufgaben zu entlasten [...]. Die Zugangsmöglichkeiten für den Beruf der Polizeibeamtin bzw. des Polizeibeamten müssen, angesichts der Schwierigkeit, Nachwuchs zu bekommen, erweitert werden. (S. 36)

Wir werden in einem ersten Schritt die Besoldung der niedersächsischen Polizei auf das Niveau des Bundesdurchschnitts anheben. Außerdem werden wir die Schichtdienst- und die Außendienstzulagen deutlich erhöhen. (S. 50) [...] Niedersachsens Polizei braucht die volle Rückendeckung durch die Politik. Eine Blöße und Herabwürdigung der Beamten nach Einsätzen gegen Gewalttäter darf es nicht geben. Einsatzkritik sollte ggf. intern erfolgen und nicht über die Medien lanciert werden. Beschwerdestelle und Kennzeichnungspflicht müssen abgeschafft werden. (S. 51)



Schule und Bildung

Die Unterrichtsversorgung muss in ganz Niedersachsen flächendeckend gesichert sein. Das gilt sowohl für allgemeinbildende als auch für berufsbildende Schulen. Es müssen deutlich mehr Lehrstunden im konkreten Unterrichtseinsatz, also direkt beim Kind, ankommen. Wir wollen daher nicht kürzen oder die Unterrichtsverpflichtung erhöhen, sondern eine zielgerichtete und bessere Verteilung von Unterrichtsstunden sowie den klugen Einsatz von Lehrkräften garantieren. (S. 19)

Der Ganztagsbetrieb an Grundschulen soll ausgearbeitet werden. Gebundene Angebote und die Absicherung der Beschäftigungsverhältnisse des pädagogischen Personals sollen dabei Verlässlichkeit und Qualität bieten. Gemischte Teams aus Lehrkräften und sozialpädagogischen Fachkräften können für mehr Qualität sorgen. (S. 41) Eine SPD-Landesregierung will deshalb die Schulsozialarbeit als neue Landesaufgabe langfristig ausbauen und wie beim Ganztagsbetrieb auf alle Schulformen ausweiten. (S. 42)

Unser Ziel bleibt, das Sitzenbleiben und die Abschlusssicherung in Niedersachsen überflüssig zu machen. (S. 59) Die Ganztagschule ist ein wichtiger Bestandteil eines gerechten und guten Schulsystems. (S. 60) Vom langen gemeinsamen Lernen profitieren alle. Daher setzen wir uns in Niedersachsen für die modellhafte Erweiterung von Integrierten Gesamtschulen um Primarstufen ein. In diesem Sinne unterstützen wir auch Initiativen, die beispielsweise Oberschulen zu Integrierten Gesamtschulen weiterentwickeln. (S. 61)

DIE LINKE kämpft für das gemeinsame Lernen aller Schüler\*innen. Wir wollen eine demokratisch organisierte Schule und keine Lernfabrik. Durch Ganztagsangebote wird das enge Unterrichtskorsett durch; der Stress soll aus dem Schulalltag verschwinden, sowohl für die Beschäftigten als auch für die Schüler\*innen. Die Ganztagschule macht auch Hausaufgaben überflüssig, weil die schulische Bildung eben dort stattfindet und außerhalb der Schule Freizeit Vorrang hat. Unser Leitbild ist die Integrierte Gesamtschule, an der alle Abschlüsse erreichbar sind. (S. 34)

Wir wollen Ruhe an die Schulen in Niedersachsen bringen. Unser Hauptanliegen ist es, die Schulen die nächsten Jahre in Ruhe arbeiten zu lassen, ohne von Halbjahr zu Halbjahr Reformen zu machen und von Schuljahr zu Schuljahr das Schulgesetz zu ändern. [...] Wir wollen einen Schulfrieden, der die Vielfalt und damit die Wahlfreiheit bei den Schulangeboten sichert. Das bedeutet insbesondere, dass in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt differenzierende Schulformen als Alternative zur Gesamtschule vorgehalten werden. Wir bekennt uns klar zum mehrgliedrigen Schulsystem. (S. 3)

Die AfD tritt für ein leistungsorientiertes, differenziertes, fachlich ausgerichtetes, entbürokratisiertes und durchlässiges Schulsystem ein. (S. 40) Die Neugründung von Integrierten Gesamtschulen lehnen wir deshalb ab. Dies gilt auch für die Einrichtung von IGS-Oberstufen. Die vorhandenen Integrierten Gesamtschulen müssen deutlich leistungsorientierter werden. [...] Wir fordern die Rückabwicklung der radikalen Inklusion auf den Stand des Schulgesetzes vor 2012. Dies beinhaltet die sofortige Wiederöffnung der bereits geschlossenen Förderschulen. (S. 43)



Familie

Familie ist überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung tragen. Die CDU in Niedersachsen will, dass Familien geschützt und gefördert werden. Dazu gehört auch die Vereinbarkeit von Arbeit und zu pflegenden Familienangehörigen. (S. 74) Wir wollen die Kinderbetreuung flexibler gestalten und so den unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten der Eltern in Niedersachsen gerecht werden. Berufstätige Eltern müssen bei der Kinderbetreuung auf flexible Angebote zurückgreifen können. (S. 75)

Familie ist für die SPD der Ort, an dem Menschen verschiedener Generationen füreinander Sorge tragen – egal ob alleinerziehend, verheiratet, in Partnerschaft oder zusammenlebend. Die SPD richtet ihren Blick dabei auf Familien mit Kindern – vergisst aber auch Familien nicht, die ihre Angehörigen zu Hause pflegen. Familien brauchen neben dem Ausbau von Kindertagesstätten und Krippen für unter Dreijährige vor allem Informationen über alle weiteren Facetten von Kinderbetreuung – über Sport, Elterngeld oder Elternzeit. (S. 34)

Familien sind da, wo Kinder sind und da, wo Menschen füreinander sorgen und Verantwortung übernehmen. Wir stehen für eine Familienpolitik, die Kinder fördert und berufliche und finanzielle Rahmenbedingungen für die sogenannte Care-Arbeit schafft: Wer pflegt, Kinder versorgt und Verantwortung für andere Menschen übernimmt, muss hierbei unterstützt werden. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass sogenannte Regenbogen- und Patchwork-Familien – also neue Familienformen mit Mehrelternschaft – endlich rechtlich anerkannt werden, beispielsweise im Familien- und Adoptionsrecht. (S. 131)

Jugendliche brauchen Freiräume jenseits der Welt der Erwachsenen und jenseits kommerzieller Verwertungsinteressen, um ihre Persönlichkeit zu entwickeln und die Gesellschaft nach eigenen Interessen mitgestalten zu können. (S. 21) Dauerhafter Einsatz für Akzeptanz, Vielfalt und Gleichberechtigung muss für die niedersächsische Landespolitik eine höhere Priorität haben; das gilt vor allem im Schulbereich. Alternative Lebensentwürfe und das Selbstverständnis, dass es mehr als zwei starre Geschlechter gibt, gehören in Lehrpläne, Schulbücher und hochschulische Curricula. (S. 26–27)

Wir stehen für ein modernes Familienbild, das dem Wandel unserer Gesellschaft gerecht wird. So verstehen wir unter dem Begriff der Familie nicht nur die Lebensgemeinschaft von leiblichen Ehepartnern mit ihren Kindern, sondern auch Alleinerziehende, Patchwork-Familien, gleichgeschlechtliche Paare mit oder ohne Kinder und auch Menschen, die ohne verwandtschaftliche oder geschlechtliche Beziehung zueinander eine dauerhafte Gemeinschaft bilden. All die aufgezählten Formen sind für uns Verantwortungsgemeinschaften aus freier Entscheidung, die wir fördern wollen. (S. 46)

Wir wollen der Familie, bestehend aus Vater, Mutter und Kindern, endlich wieder die ihr angemessene Wertschätzung zukommen lassen. [...] Familien sollen frei von finanziellen Nöten entscheiden können, ob sie ihre Kleinen zu Hause betreuen oder in einer Krippe oder einem Kindergarten betreuen lassen. Die AfD strebt deshalb die vollständige Abschaffung von Kindergartengebühren sowie die Einführung eines Landesbetreuungsgeldes in Höhe von 500 Euro monatlich für Kinder unter drei Jahren und 300 Euro für Kinder unter sechs Jahren an. (S. 35)



Arbeit / Soziales

Sozialversicherte Beschäftigung ist unser vorrangiges Ziel. [...] Durch entsprechende Rahmenbedingungen können Arbeitslose motiviert werden, Beschäftigungschancen zu ergreifen, und Arbeitgeber ermuntert werden, Arbeitsplätze zu schaffen. Dazu gehört auch der gesetzliche Mindestlohn, dessen Höhe von den Tarifpartnern bestimmt wird und der so unbürokratisch wie möglich ausgestaltet sein soll. (S. 47)

Ein sozialer Arbeitsmarkt ist ein wesentlicher Aspekt einer Teilhabegesellschaft. Eine öffentlich geförderte Beschäftigung für 1.000 Langzeitarbeitslose in Niedersachsen: Diese Initiative der SPD-geführten Landesregierung kann angesichts der hohen Zahl von Langzeitarbeitslosen nur ein erster Schritt sein. Auf Sicht soll ein sozialer und inklusiver Arbeitsmarkt entstehen, der allen Menschen offensteht. (S. 97)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben ein Programm für öffentliche Beschäftigung auf den Weg gebracht, um gezielt Langzeitarbeitslose zu fördern und in Arbeit zu bringen. Wir sorgen dafür, dass gerade auch ältere Menschen, die über Jahre hinweg arbeitslos sind, gezielt gefördert werden. Um dieses Ziel nachhaltig zu erreichen, brauchen wir einen dauerhaften, öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, der als »Sozialer Arbeitsmarkt« auf der Bundesebene einzurichten ist. Dafür werden wir GRÜNE uns einsetzen. (S. 164)

Niedersachsen soll ein eigenes Mindestlohngesetz mit einer Lohnuntergrenze von 12 Euro bekommen. Diese Lohnuntergrenze soll jedes Jahr an die allgemeine Lohnentwicklung angepasst werden. Das Land soll Vorbild für den Umgang mit Arbeitszeit werden. Wir bleiben dabei: Wir wollen zunächst die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Prekäre Teilzeitarbeit unter 19 Stunden darf es nicht mehr geben. (S. 12)

Wir setzen auf eine Verbesserung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und auf eine wachstumsorientierte Beschäftigungspolitik, die auf nachhaltiges Wachstum setzt, um den Menschen die Chance auf sozialen Aufstieg zu ermöglichen. So stehen wir für eine Entlastung des Mittelstandes, eine Entbürokratisierung, die Förderung von Bildung und Forschung sowie eine Reduzierung der Steuer- und Abgabenlast, auch um Investitionen zu fördern. Wir lehnen den gesetzlichen Mindestlohn ab, da wir auf das Prinzip der Tarifautonomie vertrauen. (S. 14)

Die Regelungen der Hartz-IV-Gesetze müssen auf den Prüfstand gestellt und nachjustiert werden. [...] Wir fordern deshalb, dass bei der Höhe und der Dauer dieser Leistungen auch die Dauer vorheriger sozialversicherungsspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse berücksichtigt wird. [...] Zur langfristigen Sicherung der Rente strebt die AfD eine einheitliche, solidarische Altersversorgung für alle Bürger an. Hierzu ist eine umfangreiche Reform notwendig. Die alternative gesetzliche Rentenversicherung wird als staatliche Grundsicherung. (S. 32)



Wirtschaft

Die niedersächsische Wirtschaft ist stark durch die Automobilbranche geprägt. Eine stärkere Diversifizierung ist für Niedersachsen sinnvoll und notwendig. Daher werden wir auch andere starke Branchen wie die Lebensmittel-, die Chemie-, die Luftfahrt- und die maritime Industrie genau wie die Logistik oder die Ernährungswirtschaft zukunftsfähig aufstellen. Wir wollen Niedersachsen zu einem der wichtigsten Standorte der Luft- und Raumfahrtbranche in Europa weiterentwickeln. (S. 40)

Ebenso wie die Beiträge der Gewerkschaften und Betriebsräte haben die strategischen Beteiligungen an Volkswagen und an der Salzgitter AG dazu beigetragen, hochqualifizierte, gut bezahlte Arbeitsplätze im Land zu halten. Der Zukunftsakt bei VW ist eine gute Blaupause auch für andere Unternehmen zur Gestaltung der Transformation im automobilen Bereich. [...] So verstanden stellt aktive Industriepolitik den Markenken sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik in Niedersachsen dar. (S. 98)

Zu lange hat auch die niedersächsische Fahrzeugbaubranche an Verbrennungsmotoren festgehalten und dadurch wichtige Weichenstellungen für die Zukunft vernachlässigt. Das post-fossile Zeitalter hat längst begonnen. »Weg vom Öl« muss zum Leitprinzip der Automobilindustrie werden. [...] Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass spätestens ab 2030 keine neuen Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren für fossile Brennstoffe mehr zugelassen werden. (S. 158–159)

DIE LINKE wird den Landesanteil an VW gegen Angriffe verteidigen. Das Land Niedersachsen muss endlich seinen Einfluss im Aufsichtsrat gemeinsam mit den Arbeitnehmervertreter\*innen nutzen, um im Interesse des Gemeinwohls und der Beschäftigten stärker auf die Konzernausrichtung Einfluss zu nehmen. [Wir wollen], dass alle großen Betriebe gesetzliche Regelungen analog dem VW-Gesetz erhalten, die den Betriebs- und Personalräten größere Rechte einräumen und insbesondere Betriebsverlagerungen oder -schließungen gegen den Willen der Belegschaft unmöglich machen. (S. 13)

Wir lehnen staatliche Eingriffe in den Wirtschaftsprozess ausdrücklich ab, da sie die wirtschaftlichen Aktivitäten abwürgen. Wir setzen auf Ordnungspolitik und Wettbewerb. Wir brauchen eine konsequente Entbürokratisierung in Niedersachsen, denn insbesondere kleine Betriebe werden durch Gesetze und Vorschriften um ein Vielfaches stärker belastet als Konzerne. Dabei sollen Genehmigungsanforderungen und Meldepflichten reduziert und die Digitalisierung in der Verwaltung vorangetrieben werden. (S. 20)

Wir bekennen uns [zu den] strukturbestimmenden Unternehmen und werden den unternehmerischen Einfluss des Landes Niedersachsen, insbesondere bei der Volkswagen AG, beibehalten. [...] Die beste und zugleich preiswerteste Wirtschaftsförderung ist [...] eine Reduzierung des bürokratischen Aufwands, sei es bei Investitionsprojekten, in der Buchhaltung oder bei Publizitätspflichten für kleine AGs. Wir werden bürokratische Vorschriften vereinfachen, wie z. B. zum Mindestlohn. (S. 20)



Landwirtschaft

Nur Unternehmen, die solide Erträge erwirtschaften und verlässlich planen können, können gleichzeitig eine Vorreiterrolle bei ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit einnehmen. Deshalb müssen die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen der Branche wieder von mehr Verlässlichkeit und Langfristigkeit geprägt sein. Daher werden wir Investitionsicherheit für unsere Landwirte schaffen. (S. 57–58)

Die Politik einer SPD-Landesregierung ist auf eine leistungs-fähige Agrar- und Ernährungswirtschaft ausgerichtet, die frei von Gentechnik arbeitet, sich auf Nachhaltigkeit und Tierwohl verpflichtet und ressourcenschonend qualitativ hochwertige Lebensmittel produziert. (S. 85) Förderprogramme von Land, Bund und EU für tiergerechtere Haltung sollen den Landwirten, unabhängig von der Größe ihres Betriebs, dabei helfen. (S. 86)

Wir GRÜNE stehen für die Agrar- und Tierhaltungswende. [...] Wir fördern nur noch tiergerechte kleine und mittlere Stallbauten; den Ökolandbau haben wir gestärkt und umfassende Agrarumweltprogramme aufgelegt. [...] Die Agrarwende und der Ausstieg aus der nicht nachhaltigen industriellen Massentierhaltung muss konsequent weitergeführt werden. Nur dann wird es uns gelingen, wirksamen Natur-, Klima- und Wasserschutz zu erreichen. (S. 35–36)

Die Nahrungsmittelproduktion darf nicht dem Markt allein überlassen werden. Bäuerinnen und Bauern brauchen Erzeugerpreise, die ein Mindesteinkommen sichern. Überproduktion ist durch Mengenregulierung wie z. B. die Milchquote zu regulieren. Transferzahlungen sollten an soziale und ökologische Kriterien gebunden sein. Verbesserte Programme zur Förderung des ökologischen und regionalen Landbaus; Regulierung der Bodenpreise und Bekämpfung der Bodenspekulation. (S. 63)

Eine 1:1-Umsetzung von EU-Recht und Bundesrecht in Landesrecht sorgt für gleichwertige Wettbewerbsbedingungen in den EU-Staaten und Bundesländern. In der Diskussion über die Zukunft der Landwirtschaft sind ökonomische Notwendigkeiten gleichberechtigt zu ökologischen Fragestellungen zu bewerten. Höhere Standards durch bessere Technik können nur erreicht werden, wenn die Betriebe mit neuer Technik auch Geld verdienen können. (S. 22)

Die zentralisierte Landwirtschaftspolitik der EU ruiniert unsere Landwirte. Von all den Fördermilliarden kommt nur ein Bruchteil wirklich den bäuerlichen Familienbetrieben zugute. Ergebnis ist ein endloses Höfesterben auch von wirtschaftlich lebensfähigen Betrieben aufgrund ruinöser Marktverzerrungen, aber insbesondere auch wegen schikanöser und sich ständig ändernder bürokratischer Auflagen. Wir treten dafür ein, die Landwirtschaft wieder in die nationale Verantwortung zurückzuführen. (S. 28–29)



Direkte Demokratie

Wir sind gegen die Teilnahme von nichtdeutschen Drittstaatsangehörigen an Wahlen. Das Grundgesetz schließt dies grundsätzlich aus. Wer lange Zeit in Niedersachsen lebt, hat die Möglichkeit, sich einbürgern zu lassen und erhält damit auch das allgemeine Wahlrecht. (S. 105)

Eine SPD-Landesregierung fordert vom Bund die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für alle Menschen mit einem langen und berechtigten Aufenthaltsstatus – also auch für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger: Wer sich politisch einbringen und teilhaben kann, verbessert seine Integrationschancen. (S. 62)

Auch im Land werden wir uns weiter dafür einsetzen, Hürden zu senken und Themenfelder für Volksbegehren und -entscheide auszuweiten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Möglichkeit, zu Kommunalwahlen Listenverbindungen einzugehen, wieder in der Kommunalverfassung verankert wird. (S. 97) Wir wollen das Wahlrecht reformieren und Ausländer\*innen aus EU-Staaten das Landtagswahlrecht sowie Ausländer\*innen aus Nicht-EU-Staaten das kommunale Wahlrecht ermöglichen [...] fordern wir das aktive Wahlalter für Kommunal- und Landtagswahlen mit 14 Jahren (S. 96)

Bürger\*innen wollen an den politischen Entscheidungen teilhaben. Eine lebendige Demokratie braucht aber mehr direkte Demokratie auf allen Ebenen, damit die Einwohner\*innen ihre Interessen besser wahrnehmen und sich an Entscheidungen des demokratischen Gemeinwesens aktiv beteiligen können. [...] DIE LINKE setzt sich für ein Wahlrecht für alle ein, die hier schon lange leben. Junge Menschen müssen mit 16 Jahren auch den Landtag wählen können. (S. 39)

Die repräsentative Demokratie wollen wir mit Elementen der direkten Demokratie ergänzen. Diese dürfen aber bei unpopulären Entscheidungen nicht dazu genutzt werden, dass sich die gewählten Vertreter ihrer Verantwortung entledigen. Insbesondere bei Mehrheitsentscheidungen müssen auch die Rechte der Minderheit im Blick behalten werden. [...] Wir wollen, dass die direkte Demokratie zu den gleichen Bedingungen wie denen von Wahlen abgehalten wird, hierzu gehört insbesondere die Briefwahl. Wir wollen allerdings, dass die Initiatoren auch die finanziellen Konsequenzen der politischen Entscheidung aufzeigen müssen. (S. 52)

Wichtigstes Element sind Volksabstimmungen in Form von Volksbegehren und Volksentscheiden in Bund, Land und Kommune. Dies gilt ohne jede Einschränkung [...]. Wir treten deshalb für verbindliche Volksabstimmungen (obligatorische Referenden) bei Verfassungsänderungen und bei jeder Übertragung oder Rückholung von Souveränitätsrechten ein. Ebenso treten wir für Volksabstimmungen ein, die auf Antragsinitiative von 2,5 % der wahlberechtigten niedersächsischen Bürger der letzten Wahl durchzuführen sind (fakultative Referenden). (S. 14)

## Fazit:

Papier ist geduldig, besonders wenn die CDU es mit Wahlversprechen füllt. Als Merkels »Willkommenspolitik« Asylchaos und Kriminalität ins Land brachte, hat die Niedersachsen-CDU den Mund gehalten. In der Schulpolitik kuscht sie, und die unsinnige »Energiewende« treibt sie munter weiter voran. Warum sollten die Wähler diesmal glauben, dass sie es besser macht? **Empfehlung: Nicht wählen!**

Die SPD von Ministerpräsident Weil ist wie Merkel in Rot: Sie glaubt, sie hätte gar nichts besser machen können und will weiterursteilen wie bisher: Noch mehr staatliche Einmischung, noch mehr Multikulti, noch mehr Windkraft-Spargel und E-Mobilitäts-Planwirtschaft. Fantasieloser und selbstgefälliger geht's nicht. **Empfehlung: Nicht wählen!**

Das Grünen-Programm ist ein ideologisches Wolkenkuckucksheim. Schulsozialismus und Ökostromromantik sind nicht praxistauglich? Egal, die Grünen wollen noch mehr davon. Und wer im Autoland Niedersachsen Verbrennungsmotoren verbieten will und glaubt, windrapsespiste E-Autos könnten die Arbeitsplätze retten, dem ist sowieso nicht mehr zu helfen. **Empfehlung: Nicht wählen!**

Dass die »DDR« gescheitert ist, haben sie bei der »Linken« nicht mitbekommen, sie versuchen es einfach wieder: Mit einer Mischung aus Kollektivierungs- und Enteignungsphantasien und dem Umbau des Landes und seiner Institutionen in eine Multikulti-Gender-Gesinnungsdiktatur. Bloß nicht! **Empfehlung: Nicht wählen!**

Die Liberalen wagen immerhin ein paar zaghafte Korrekturen am schwarz-rot-grün-blutroten Eimerlein aus Sozialdemokratismus und Staatsgläubigkeit. Weil sie sich an die heiligen Kühe nicht rantrauen, bleiben sie aber auf halbem Weg stehen. Was helfen Einwanderungsgesetz und Arbeitsanreize, wenn Analphabeten in die Sozialsysteme einwandern? Nicht Fisch, nicht Fleisch – typisch FDP eben. **Empfehlung: Bedingt wählbar!**

Erkannte Fehlentwicklungen rückgängig machen, statt drum herum zu schwurbeln: Klare Ansagen zu den brennendsten Themen hat vor allem die AfD zu bieten. So sehr man sich noch mehr Vielfalt in der Parteienlandschaft wünschen würde: Wer eine andere Politik will statt alter Sprüche in neuer Verpackung, dem bleibt nur diese Alternative. **Empfehlung: Wählen!**

Quelle: Niedersachsen nach vorne bringen. Regierungsprogramm der CDU in Niedersachsen 2017–2022

Quelle: Zukunft und Zusammenhalt. Das Regierungsprogramm der SPD Niedersachsen 2017–2022

Quelle: Bis hierher und noch viel weiter. GRÜNE Programm zur Landtagswahl 2017

Quelle: Sozial gerecht. Ökologisch konsequent. Unbestechlich. Neustart für Niedersachsen. DIE LINKE Wahlprogramm zur Landtagswahl 2017

Quelle: Wir wären dann so weit. Wahlprogramm. Die neue Ernsthaftigkeit. Freie Demokraten FDP

Quelle: Landeswahlprogramm Der Heimat eine Zukunft geben. Alternative für Deutschland